



Ministerialdirigent Stefan Schnorr treibt die Umsetzung der Berliner Erklärung voran.

Interview: Monika Rech

## „DAS THEMA GEO-BUSINESS MUSS IN DEN IT-PLANUNGSRAT“

Auf der Cebit in Hannover stellte die GIW-Kommission jüngst die sogenannte Berliner Erklärung vor (siehe Seite 12). Die Erklärung entstand als kleinster gemeinsamer Nenner im Nachgang des Geo-Business-Kongresses im November 2010. Das Besondere: Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft werben darin gemeinsam für das wichtige Thema Geo-Business. Ministerialdirigent Stefan Schnorr ist einer der Unterzeichner der Erklärung. Mit ihm sprach die GIS.BUSINESS.

**GIS.BUSINESS:** Herr Schnorr, Sie sind Mitunterzeichner der Berliner Erklärung, die auf dem von der GIW-Kommission ausgerichteten Geo-Business-Kongress 2010 initiiert wurde. Welches Ziel verfolgt die Erklärung?

**Min.-Dirig. Stefan Schnorr:** Das Geo-Business, also die Kommission für Geoinformationswirtschaft, ist seit November 2004 intensiv bei der Arbeit. Unser Ziel ist es, der Wirtschaft staatliche Geoinformationen einfach und einheitlich zu vernünftigen Konditionen verfügbar zu machen. Wir haben dabei schon viel geschafft, aber den Knoten haben wir leider noch nicht ganz durchschlagen können. Noch immer fehlt ein einheitliches und einfaches Lizenzrecht. Die Preise dürfen eine Kompensation zusätzlicher Infrastruktur zur Abgabe der Daten nicht übersteigen und der Datenschutz muss einheitlich und vernünftig berücksichtigt werden. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und eine Geo-Business-Lizenz und ein Pauschaltarifmodell erarbeitet. Gemeinsam mit der Bundesdatenschutzkonferenz erarbeiten wir einheitliche Bedingungen für den Datenschutz. Nun müssen die Verwaltungen mitziehen und das Ganze gemeinsam mit der Wirtschaft ausprobieren. Dieser Paradigmenwechsel soll durch die Berliner Erklärung insbesondere im politischen Raum gestützt werden.

**GIS.BUSINESS:** Um die Erklärung wurde lange gerungen. Vom Kongress im November bis zur Veröffentlichung

der Thesen sind vier Monate vergangen. Woran lag das?

**Schnorr:** Das ist ganz einfach. Eine öffentliche Erklärung, die auf Leitungsebenen abzielt, formuliert sich nicht am Tage des Kongresses, aus dessen Diskussion sie entstanden ist. Sie musste zwischen den drei Moderatoren abgestimmt werden. Und vor allem braucht eine solche Erklärung – das wissen Sie als Journalistin am besten – einen geeigneten Event, um sie der Öffentlichkeit zur präsentieren. Und das war die diesjährige Cebit in Hannover.

**GIS.BUSINESS:** Herausgekommen ist ein Papier, das im Kern einen besseren Zugang zu staatlichen Geoinformationen durch die Wirtschaft fordert und die Bedeutung von Geoinformationen für Wirtschaft und Verwaltung hervorhebt – ohne auf konkrete Wege dorthin einzugehen. Das ist nicht viel Neues, oder?

**Schnorr:** Oh doch – wir haben es immerhin geschafft, dass sich alle Beteiligten auf eine gemeinsame Linie verständigt haben. Und das ist schon eine ganze Menge, wenn man bedenkt, wie unterschiedlich hier die Interessen sind. Und außerdem haben wir schon im Vorfeld der Berliner Erklärung wichtige Grundlagen geschaffen – und die sind in der Tat neu. So finden Sie mit [www.GeoMonitoring.org](http://www.GeoMonitoring.org) seit der letzten Cebit eine zentrale und ganz einfach aufgebaute Informationsdrehscheibe, in der die Wirtschaft alle freien deutschen WebMap-Dienste sofort findet und dann auch beziehen kann. Zudem wurden gemeinsam von Wirtschaft und Verwaltung ein einfaches Pauschaltarifmodell

und die Geo-Business-Lizenz erarbeitet. Sie finden die Lizenz heute in acht Varianten für acht Anwendungsfälle unter [www.Geolizenz.org](http://www.Geolizenz.org). Mit diesen Maßnahmen haben wir eine Grundlage für ein bundesweites Modellprojekt geschaffen, dass noch in diesem Jahr beginnen soll. Im Moment werben wir bei den Behörden vom Bund bis zu den Kommunen darum, sich daran zu beteiligen. Dieses „Neue“ muss durch strategische Botschaften insbesondere im politischen Raum begleitet und gestärkt werden.

**GIS.BUSINESS:** Gehen wir ein wenig ins Detail. In Absatz 2 sprechen sich die Unterzeichner für intensivere Kommunikation und klare Aufgabenteilung zwischen den Akteuren aus. Dazu sei eine politische Steuerung notwendig. Was genau meinen Sie damit?

**Schnorr:** Das Thema Geo-Business muss noch stärker auf der politischen Steuerungsebene des IT-Planungsrates ankommen, um es in die IT-Strategien des Bundes und der Länder einzubeziehen. Das geplante Modellvorhaben muss dort gestützt werden, um durch Imagi, Lenkungsgremium GDIDE und GIW-Kommission auch wirklich nachhaltig umgesetzt werden zu können. Denn zum Teil erlauben die Spezialgesetzgebungen in den Ländern noch gar nicht, Geodaten einfach, einheitlich und wirtschaftsfreundlich abzugeben. Die GIW-Kommission sehe ich hier ganz klar in der Pflicht, die Bedürfnisse der Wirtschaft zu bündeln und dafür zu

sorgen, dass die Angebote auch wirklich wirtschaftsfreundlich erreichbar sind. Bundes-, Länder- oder Ressortegoismen müssen der Vergangenheit angehören. Wir müssen uns einfach immer wieder klar machen, dass wir es in Deutschland mit Europa im Kleinen zu tun haben.

**GIS.BUSINESS:** *In Absatz 4 wagen Sie den Blick über die Grenzen. Was können unsere Nachbarn, insbesondere Österreich und Frankreich, was wir nicht können?*

**Schnorr:** Den französischen Nachbarn fällt es natürlich viel leichter, Geodaten harmonisiert und einheitlich verfügbar zu machen – sie sind zentralistisch und nicht föderal organisiert. Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen in Österreich hat es geschafft, allerdings auch erst nach fünf Jahren mühsamer politischer Vorarbeit, seine Preise zum Teil um mehr als 90 Prozent zu reduzieren. Heute ist der Abruf um 1.000 Prozent angestiegen und die Einkünfte liegen trotz niedriger Preise um 50 Prozent höher als vor dieser Reform. Wir müssen es auch in Deutschland trotz des Föderalismus schaffen, attraktive Angebote für die Nutzung staatlicher Daten zu bieten.

**GIS.BUSINESS:** *Sie fordern in Absatz 7, die Chancen aus der 2003 erlassenen PSI-Richtlinie der EU besser zu nutzen, also der Public-Sector-Information-Richtlinie der EU, die die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors fordert. Wie könnte das konkret aussehen?*

**Schnorr:** Wir haben die PSI-Richtlinie 2005 mit dem Informations-Weiterverwendungs-Gesetz (IWG) in nationales Recht umgesetzt. Mindestens 50 Prozent aller staatlichen Daten sind georeferenziert, man spricht heute sogar von bis zu 80 Prozent. Was liegt also näher, als die im Geo-Business heute schon erprobten Instrumente zu einer zentralen Drehscheibe auch für die übrigen staatlichen Informationen zu nutzen – sowohl was die Managementmethoden als auch was die Internet-Anwendungen angeht. Die Stichworte hier sind Open Data oder Open Government. Die Dresdner Erklärung zum 5. IT-Gipfel

vom Dezember 2010 bekräftigt das. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, alle verfügbaren gesetzlichen Unterstützungen einzusetzen, die eine schnelle Umsetzung unserer Ziele fördern können. Insofern spielt die PSI-Richtlinie beziehungsweise das IWG uns hier den Ball zu.

**GIS.BUSINESS:** *Herr Schnorr, die Bundesregierung nimmt das Thema IT sehr ernst und hat Gremien geschaffen, um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu verbessern. Der IT-Planungsrat sowie die nationale E-Government-Strategie seien hier genannt. Wie unterstützen diese strukturellen Initiativen das Geo-Business?*

**Schnorr:** Die nationale E-Government-Strategie bildet als gemeinsame Strategie von Bund, Ländern und Kommunen den Rahmen für die E-Government-Aktivitäten in Deutschland. Sie benennt auch die Geodatendienste. Der IT-Planungsrat ist das zentrale Steuerungsgremium für die föderale Zusammenarbeit in der Informationstechnik und die IT von Bund und Ländern. Die kommunalen Spitzenverbände sind ebenfalls vertreten. Hier werden strategische Entscheidungen vorbereitet, die eine einheitliche IT-Struktur in der deutschen Verwaltung schaffen sollen. Das Lenkungsgremium GDI-DE berichtet hier und der Imagi ebenfalls. Wenn also ein Gremium im föderalen Deutschland die Chance hat, einen Paradigmenwechsel hin zu Open Data und damit einem funktionierenden Geo-Business einzuleiten, dann der IT-Planungsrat. Meine Rolle ist es, hier als Vertreter des BMWi im IT-Rat des Bundes die Belange des Geo-Business zu positionieren, sodass Frau Staatssekretärin Rogall-Grothe, als Vertreterin des Bundes im IT-Planungsrat, unsere zentralen Botschaften mit einbringen kann. Ich bin optimistisch, dass wir erfolgreich sein werden. Dass dieser Wechsel nicht von heute auf morgen klappt, versteht sich von selbst. ◀

**Herr Schnorr, herzlichen Dank für das Gespräch.**

Das Interview führte Monika Rech.